

Zur Autorin: Prof. Dr. Sumaya Farhat-Naser wurde 1948 in Birzeit in einer christlichen Familie geboren. Sie besuchte die Internatsschule Thalita Kumi deutscher Diakonissen. In Hamburg studierte sie Biologie, Geographie und Erziehungswissenschaften und promovierte in angewandter Botanik. Ist heute Professorin für Ökologie an der (bereits vielmals von den Israelis lahmgelegten) palästinensischen Universität von Birzeit. Den Schwerpunkt ihres Engagements in ihrem Heimatland bildet jedoch die Friedensarbeit im Nahen Osten. Seit den 80er Jahren gilt sie als Brückenbauerin zwischen Palästinensern und Israelis. Unermüdlich setzt sich Sumaya Farhat-Naser für den Friedensdialog an der Nahtstelle zwischen den Völkern und politischen Systemen, zwischen den Kulturen, Konfessionen und Religionen ein. 1995 erschien ihr aufsehenerregendes Buch "Thymian und Steine", das die Situation aus der Sicht der Palästinenser betrachtet und analysiert. 1994 gründete sie mit anderen Frauen das *Jerusalem Center for Women* und wurde dessen Mit-Direktorin.

Für ihr friedenspolitisches Engagement und ihren Kampf für Menschenrechte und Menschenwürde wurde Sumaya Farhat-Naser mit mehreren Preisen ausgezeichnet; u.a. dem Augsburger Friedenspreis (2000), dem Buchpreis des Deutschen Verbandes Evangelischer Büchereien (1997) und dem Bruno-Kreisky-Preis (1995). Die Trägerin des "Mount Zion Awards" - einer Auszeichnung in Jerusalem für die Verständigung zwischen Juden, Christen, Moslems und Drusen erhielt 1989 für ihr "öffentliches Eintreten für die politische Aussöhnung von Palästinensern und Juden in Gerechtigkeit und Freiheit" die Ehrendoktorwürde der theologischen Fakultät der Universität Münster, Westfalen.

Publikationen:

1. • *Disteln im Weinberg. Tagebuch aus Palästina*. Lenos Verlag, Basel 2007.
2. *Thymian und Steine*, Lenos Verlag-Basel, 1995
3. *Verwurzelt im Land der Olivenbäume, eine Palästinenserin im Streit für den Frieden*, April 2002, Lenos Verlag-Basel (hierzu auch Interview im ARD-Morgenmagazin, 14.4.2002)

Vortrag von Sumaya Farhat Naser in Bremen am 13.5.1999

Ich komme aus dem Anlaß des fünfzigsten Geburtstags von Israel nach Bremen. Diese 50 Jahre gehen an meinem Auge vorbei wie ein Film, ich muß an vieles denken: 50 Jahre lang in Alarmbereitschaft gelebt zu haben, mit Angst, wartend auf das Schreckliche, und so ist es eigentlich bis heute. Ich blicke zurück und denke an die zigtausende Flüchtlinge die ich als Kind unter den Bäumen von Bir Zeit gesehen habe, die dort lebten, bis die Flüchtlingslager von der UNO im ganzen Land eingerichtet wurden. Im Nachbardorf Jitna wurde das Flüchtlingslager Jeleton aufgebaut, die UNO mietete den Boden von den Leuten für 99 Jahre, schon damals. Niemand hätte das wahrhaben wollen das wir einfach so leicht unsere Heimat verlieren, jeder glaubte, es sei nur vorübergehend.

Als ich in der deutschen Schule zur Schule ging sprach niemand über die Geschichte, denn die deutschen Diakonissinnen wußten selbst nicht, was in Deutschland geschehen war, sie waren auch in einer schizophrenen Situation. Zum

einen sahen sie vielleicht wohl die Schuld der Deutschen gegenüber den Juden, auf der anderen Seite erlebten sie ja, was mit den Palästinensern geschah, die nun zu Opfern wurden. Wir haben niemals über Geschichte gesprochen und lebten, als ob die Welt in Ordnung wäre. Wir sangen deutsche Wanderlieder, lasen in der Bibel, waren vergnügt.

Als zum Studium nach Hamburg kam, war es für mich als Palästinenserin deshalb ein Schock mit der deutsch-jüdischen Geschichte konfrontiert zu werden. Es war schwer für mich zuzuhören und es war schwer, gehört zu werden. Es waren Blockaden da. Ich hatte häufig das Gefühl, ich werde für das was den Juden geschehen war, verantwortlich gemacht, obwohl wir damit ja nun gar nichts zu tun hatten. Erst viel später, nur durch die persönliche Bekanntschaft mit Juden in Deutschland verstand ich, daß meine palästinensische Geschichte ein Teil der deutsch-jüdischen Geschichte ist, untrennbar miteinander verbunden. Für mich als Christin war auch die Konfrontation mit der Kirche hier sehr schwer, ich traf auf totale Blockaden. Für viele, mit denen ich verkehrte, bedeutete Christ-sein Solidarität mit Israel, eine übertriebene, mir manchmal peinlicher Philosemitismus, der mich in manchem an Antisemitismus erinnerte. Für mich war es schwierig, meine Position auszumachen. Ich kannte aus Palästina keinen Antisemitismus, wir lebten zusammen, Juden, Christen, Moslems. Die Juden waren *unsere* Juden, die waren Palästinenser genauso wie wir. Diese Zeit in Hamburg war sehr schwer, aber sie hat mich geprägt, nicht zuletzt auch die Studentenrevolution von 1969/69, die mich gezwungen hat, vieles abzulegen und genau nachzuschauen. Ich mußte darüber nachdenken, was es bedeutet, involviert zu sein, ich mußte mir meiner Lage bewußt werden und konnte dies auch mit Hilfe vieler deutscher Freunde, die meine Arbeit bis heute tragen. Ohne ihre Hilfe hätte es nicht so weit gebracht.

In mein Heimatland fand ich mein Dorf besetzt vor, eine Besatzung, die bis heute anhält. Autonomie existiert lediglich für 3,5 % des Landes und für den Rest gibt es keine Freiheit. Dieser kleine Teil ist Zone A, ich lebe in Zone B, die aus ca. 500 kleinen Orten und Lagern besteht, in denen die Palästinenser nur das Recht zur Leitung bestimmter ziviler Angelegenheiten haben, nicht aber das Recht, Projekte zu entwickeln, Straßen zu reparieren, Krankenhäuser oder Schulen zu bauen. Dies obliegt der Militärbehörde. In Zone C, dem größten Teil der Westbank (70%), unterliegt völlig der israelischen Militärbesatzung. Dort sind 140 israelische Kolonien, man muß es so sagen, denn es sind keine einfachen Siedlungen, das Land wurde den Palästinensern mit Gewalt weggenommen und Israelis dort hingebacht. Die Menschen leben wie in Ghettos, mit Stacheldraht umzäunt, von Wachtürmen bewacht und fast jeder Bewohner dort ist bewaffnet. Sie haben Angst, und diese Angst ist real, und sie müssen Angst haben, denn in ihrem innersten wissen sie, daß sie uns unrecht tun. Es gibt zwischen ihnen und uns keinerlei Gespräch oder Zusammenarbeit, man sieht sich noch nicht einmal in die Augen. Ich weiß ganz genau, daß sie in den 70er und 80er Jahren mit ihren Autos in unseren Dörfern herumfahren, aus den sie schossen, um den Weg freizumachen. Wenn wir merkten, sie schießen wieder, machten wir den Weg frei. Jahrelang hatten wir Angst davor, daß sie wieder kommen. Aus diesem Grund blieben die Kirchen und Moscheen immer geöffnet, damit wir dort hineinlaufen konnten, um Schutz zu suchen. Wenn wir fragten, warum sie das tun, sagte viele, weil sie Angst haben. Dabei wurden viele Menschen erschossen, viele Autos und Fensterscheiben zerstört. Aus diesem Grund gab es viele Konfrontationen, sie entstanden nicht erst während der Intifada. Aber die Weltöffentlichkeit hat es einfach nicht wahrhaben wollen. Solange es

Palästinenser waren, die getötet wurden, ging man darüber hinweg. Man gewöhnte sich daran, heute zwei Tote, morgen vielleicht fünf und dann wieder nur einer - aber niemand nahm Kenntnis davon.

Aber nicht nur das war Grund für die Verbitterung der Menschen, so wurden auch unsere Dörfer zunehmend kleiner. In 30 Jahren durfte kein einziges Haus außerhalb der Dörfer gebaut werden. Obwohl uns das Land gehörte, konnten wir nicht bauen. Man stellte einen Antrag und bezahlte Gebühren, und dann wartete man auf die Genehmigung. Man wartete 5 Jahre, 10 Jahre und 20 Jahre, aber sie kam und kam nicht. Es wurde damit begründet, daß noch keine allgemeine Planung für die arabische Bevölkerung vorliege. So haben die Leute schließlich zu bauen begonnen, zwei Zimmer ein Bad, damit die Leute leben können. Die Behörden haben immer die Augen zugemacht, so entstand der Eindruck, die Besatzung sei liberal. Seit zwei Jahren nun werden aber diese illegalen Häuser, die dem Bau von Verbindungsstraßen zwischen zwei Siedlungen im Wege stehen in die Luft gesprengt, allein im Februar waren es 23 Häuser, seit dem Beginn des Friedensprozesses bereits 480 Häuser und der israelische Verteidigungsminister hat aufgrund des Drucks israelischer Menschenrechtsgruppen zugeben müssen, daß noch weitere 870 zur Sprengung vorgesehen sind, jetzt wird es damit begründet, daß sie illegal gebaut worden sein. Das wird im Radio ständig gesagt, und die Israelis, die das hören sagen: „Warum bauen die denn dort, was beklagen sie sich.“ Aber die Israelis können sich nicht vorstellen, warum die Leute auf ihrem eigenen Boden ein paar Zimmer gebaut haben.

Für unsere Friedensarbeit bedeutet dies, daß wir deutlich machen müssen, daß es sich hier um gewalttätige Menschenrechtsverletzungen handelt, gegen die man etwas unternehmen muß. Es muß klar werden, wer dazu schweigt, macht sich schuldig. In der Westbank gibt es z.B. zwei Straßennetzsysteme, eines nur für die Israelis, eines für die Palästinenser. Das israelische Netz ist so angelegt, daß kein Siedler palästinensische Dörfer durchqueren muß. Sehr viele Israelis leben nur drei Kilometer von meinem Dorf entfernt, und wissen nichts über uns. Es existieren sogar Karten, auf denen unsere Dörfer nicht verzeichnet sind, sondern nur die Siedlungen. Man spricht in Nachrichten von uns als Minderheit, obwohl wir 2,1 Millionen Menschen und die Siedler 130.000 sind. Ich befürchte, daß diese Leute nach 10 oder zwanzig Jahren sagen werden, es ist niemand da, wir haben niemanden gesehen. Diese Politik ist nicht neu, seit 30 Jahren sieht man über uns hinweg.

Auch unsere wirtschaftliche Entwicklung wurde durch Gesetze verhindert. Mein man hat fünf Brüder, er ist der einzige, der auch auf dem Land leben darf und es bebauen kann, den anderen 5 ist es verboten, da 5/6 des Erbes an den israelischen Staat gehen. Sie dürfen es noch nicht einmal bearbeiten. So bleibt zunehmend Land brach liegen. Mit einem Gesetz aus der osmanischen Zeit wird das begründet, in diesem Gesetz heißt es, daß die Regierung das Recht hat, ein Land das fünf Jahre nicht bearbeitet wurde, zu konfiszieren.

Jemand der im Ausland war, mußte jedes Jahr zurückkehren, um sein Wohnrecht nicht zu verlieren. Wenn man kein Geld hatte, nicht Urlaub bekam oder in einer Prüfung stand oder krank wurde, wie es einem Bruder geschah, der aufgrund eines Autounfalls im Krankenhaus war, verlor für immer sein Heimatrecht, Besitz und Erbe gehen automatisch an den israelischen Staat über. Tausende Menschen haben auf diese Weise ihre Heimat verloren. In der Bundesrepublik leben 80.000

Palästinenser, die Mehrheit müssen hier bleiben, weil sie aufgrund dieser Gesetze gar nicht zurück können. Niemand hat in all den Jahren gegen dieses Gesetz protestiert, erst jetzt protestieren dagegen zunehmend Israelis und die Weltöffentlichkeit nimmt allmählich Kenntnis von diesem Unrecht. Eine der schönsten Errungenschaften des Friedensprozesses ist die Tatsache, daß wir wenigstens in diesen Gebieten wohnen dürfen, allerdings haben wir noch keinen Bürgerstatus. Schwierig ist es für die Jerusalemer. Durch eine Verordnung der Militärbehörde im Jahre 1967 wurden alle Palästinenser in Jerusalem zu Ausländern deklariert, obwohl ihre Familien dort seit Jahrhunderten leben. Deshalb gelten für sie nicht die demokratischen Gesetze Israels. Seit zwei Jahren gilt ein neues Gesetz: Jemand der sieben Jahre lang aus dem Ausland zurückkehrte um sein Heimatrecht nicht zu verlieren, wird nun gesagt, aus der Tatsache, daß er sieben Jahre lang im Ausland gelebt habe können man ableiten, daß er seinen Lebensmittelpunkt in ein anderes Land verlegt habe und deshalb kein Wohnrecht in Jerusalem mehr habe. In Bonn lebt eine Studentin, die jetzt promoviert. Sie steht jetzt im Examen und hat an die Militärbehörde geschrieben. Man hat ihr geantwortet, sie lebe ja seit sieben Jahren freiwillig im Ausland und deshalb könne man ihr eine Einreise nicht mehr genehmigen. Ihre Eltern und ihre Geschwister leben, da, sie haben ein Haus dort. Wir versuchen über den DAAD und den katholischen Entwicklungsdienst, diese Entscheidung rückgängig zu machen. Auch jemandem, der außerhalb der Stadtgrenze arbeitet, wird das Wohnrecht in Jerusalem bestritten. Ich kenne einen Lehrer, der in Jerusalem wohnt und in Bethlehem, 10 km entfernt, arbeitet. Am Checkpoint wurde ihm die Identitätskarte weggenommen und legal kann er nicht mehr nach Hause. Seine Mutter und sein Kinder bleiben in Jerusalem. Viele Frauen die so von ihren Männern getrennt wurden, erhalten ach einiger Zeit von der Behörde eine Aufforderung, sie sollten durch eine Telefonrechnung, Gas- oder Stromrechnung beweisen, daß sie tatsächlich in Jerusalem wohnen. In 99 % der Fälle werden diese Rechnungen aber auf den Namen des Ehemannes ausgestellt, der nun aber als Auswärtiger gilt. So hat sie keinen Beweis und muß die Stadt verlassen. Nicht nur das, wenn ein palästinensisches Kind in Jerusalem geboren wird, wird keine Geburtsurkunde ausgestellt. Gegenwärtig gibt es 4000 Kinder ohne Urkunde, das gibt es nirgendwo sonst auf der Welt, daß keine Geburtsurkunde ausgestellt wird. Dies alles zeigt, daß versucht wird die Palästinenser aus Jerusalem zu vertreiben. Niemand macht auch daraus ein Geheimnis, so hat der Oberbürgermeister verlauten lassen, daß er 170.000 Palästinenser dort nicht dulden kann, allerhöchstens 30.000. Die Mehrheit der Israelis wissen davon nichts, wenn wir es ihnen sagen, glauben sie es zunächst nicht. Unsere Friedensarbeit besteht darin, gemeinsam zu den Familien zu gehen. Die israelischen Frauen gehen zu den Behörden, zu denen wir nicht gehen können. Dann stellen sie plötzlich fest, daß alles „legal“ ist, daß es dafür Gesetze gibt. Als wir angefangen haben uns zu treffen, haben wir festgestellt, wie wenig wir voneinander wissen, und das wenige ist häufig auch fraglich. Wenn ein Terrorakt geschieht, dann bin ich z.B. verpflichtet, dazu eine Stellungnahme zu entwickeln und sie den israelischen Frauen zu geben und die israelischen Frauen müssen antworten. Nach diesem Austausch wird eine Stellungnahme in den Zeitungen in drei Sprachen veröffentlicht, in hebräisch, englisch und arabisch. Ich denke, für uns Frauen ist es einfacher sich zu einigen, Männer feilen an jedem Wörtchen herum und sind darauf bedacht, ja nichts falsches zu sagen, was ihnen in der Öffentlichkeit schaden könnte, alles wird auf die Goldwaage gelegt. Wenn aber wir Frauen öffentlich etwas sagen, lesen dies vielmehr Menschen, in vielem Stimmen sie vielleicht nicht zu, aber einiges können sie eher annehmen. Für uns ist es wichtig, eine Reaktion von der Bevölkerung zu erreichen

und nicht so sehr von den Politikern. In der gegenwärtigen Phase ist es für unsere politische Arbeit ganz wichtig, daß alle Frauen über ihre Gefühle offen sprechen, daß sie offen sagen, was sie denken. Wir denken, daß es ganz notwendig ist für die Entwicklung des Dialogs. Die Aggression muß heraus, und die Zuhörenden müssen ihre eigenen Gefühle zurückstellen können. Erst nach dieser Aussprache kann es zu einem Verständnis kommen, dabei muß man auch aushalten können, daß man verletzt wird. Wir müssen lernen, uns so anzunehmen wie wir sind. Erst dann können wir eine politische Arbeit zusammen machen und wir wollen ja politisch zusammen arbeiten. Erst wenn wir miteinander reden können, können wir das auch umsetzen. Es kann vorkommen, daß sich eine Gruppe mehr als zwanzig mal trifft, bevor sie zu Aktionen kommt.

Eine solche Aktion sind die Demonstrationen am 13. 5. Mehr als eine Millionen Menschen werden demonstrieren und daran erinnern, daß mit der Staatsgründung Israels hunderttausende ihre Heimat verloren. Und dabei werden auch israelische Frauen sein.

Wir Frauen haben deshalb angefangen miteinander zu reden, es einfach unter Frauen, da Männer es häufig an die große Glocke hängen und haben dann dadurch berufliche Probleme oder riskieren sogar Gefängnis. Die ersten Kontakt haben wir ja noch zu einer Zeit aufgenommen, als es verboten war. Bei unserer Arbeit nützen wir auch die Vorurteile gegen Frauen aus, sie trauen uns weniger zu Gesetze zu brechen oder gar Politik zu machen. Wenn wir Frauen uns nach Jerusalem einschmuggeln, was wir ja seit zwei Jahren verstärkt machen müssen, da es keine Genehmigungen mehr gibt, stellen wir uns ganz dumm, wenn wir erwischt werden, behaupten zum Beispiel, wir hätten die falsche Handtasche ohne Ausweis erwischt. Die nehmen uns das ab, weil sie uns auch nichts zutrauen. Männer werden auch härter angefaßt als Frauen. Ein Mann werde gleich geschlagen. Ich möchte ein anderes Beispiel erzählen: neulich fuhr ich spät abends mit 6 anderen Männern mit dem Taxi nach Hause. Der Wagen wurde kontrolliert und der Soldat fragte: „wer von euch war im Gefängnis?“ Niemand meldete sich, das machte auch den Soldaten stutzig, denn immerhin waren ja 95 % der palästinensischen Männer einmal im Gefängnis. Ich sah schon, daß er aggressiv wurde und anfang an seinem Gewehr herumzuspielen und so meldete ich mich schließlich: „Ich war im Gefängnis.“ „Wieso, du warst im Gefängnis, in welchem?“ „Ja, in mehreren sogar.“ „Wieso denn?“ „Ja, ich habe meinen Bruder, meinen Vater und meinen Sohn besucht, ich war in allen Gefängnissen.“ Er lachte auf und die Situation entspannte sich.

Frauen gegenüber gibt es eine Barriere. Das empfinden wir als Herausforderung. Aus den vielen Jahren der Gespräche entsprang die Organisation „Jerusalem Link“, mit zwei Zentren, einem in Israel, einem in Palästina. Nach einer gewissen Zeit der Gespräche wollten wir zu Aktionen kommen, 1989 gab es zunächst ein Treffen in Brüssel und dann schließlich haben wir uns vorgestellt, obwohl wir wußten, daß es verboten war. Wir haben gemeinsam in langen Diskussionen bestimmte politische Grundsätze erarbeitet. Da wir beide Probleme haben, haben wir uns zur politischen Arbeit auf der Grundlage der Anerkennung unseres Existenzrechtes entschlossen. Wir sehen es als Pflicht und Recht an, uns an der Mitgestaltung politischer Prozesse zu beteiligen. Da wir recht unterschiedliche Probleme haben, arbeiten wir auch anders. Während wir große Probleme im Bereich der Bildung und der Wirtschaft haben, erleben die israelischen Frauen, daß ihre Gesellschaft wie nie zuvor zerrissen ist, es findet eine Ghettoisierung statt. Der Teil der Bevölkerung Israels, der bislang der Friedensprozeß getragen hat, fühlt sich gegenwärtig gegenüber und Palästinensern gelähmt. Allerdings entwickelt sich in der israelischen Gesellschaft

ein sehr gesunder Streit. Die zunehmende Fanatisierung auf beiden gefährdet den Friedensprozeß, und diese Angst führt diejenigen Israelis und Palästinenser, die den Frieden wollen, näher zusammen. Während wir der innerisraelischen Diskussion mit Interesse zuhören und aus der Auseinandersetzung mit ihren fanatischen Kräften lernen, fühlen sich viele Israelis beim Blick auf unsere Probleme an die Zeit nach 1948 erinnert, als sie nach der Staatsgründung zu kämpfen hatten. Wir waren jahrelang eine Gesellschaft, die unter einer Besatzungsmacht gelebt hat und eine die auch unter der Revolution gelitten hat. Die unter der Besatzung gelebt haben sind übermäßig für Menschenrechte und Demokratie sensibilisiert, weil sie solange unterdrückt waren, zum anderen aber auch weil sie in die israelische Gesellschaft geblickt haben und viel aus der demokratischen Entwicklung Israels gelernt haben. Wir haben 27 Jahre lang nicht gewählt, und mußten diese nun innerhalb von drei Monaten tun, ohne daß Zeit gewesen wäre für die Entwicklung politische Parteien, die ja jahrelang verboten waren. Als Arafat mit 20.000 Anhängern zurückkam, war dies zum einen ein Teil der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, darüber haben wir uns gefreut. Aber man muß auch sehen, daß diese Menschen die Entwicklung nicht mitgemacht haben, ja jahrelang unter Autoritären, feudalen Regimen leben müssen, in der es keine demokratischen Rechte gibt. Sie sind aber diejenigen, die die Weltöffentlichkeit anerkennt, die Helden, die die Revolution aufrecht erhalten haben. Da prallen wir natürlich aufeinander. Deshalb müssen wir überall Strukturen schaffen. Noch unterliegen wir 1400 Militärgesetzen, englischen Gesetzen, Gesetzen aus dem osmanischen Reich. Wir wollen aber allmählich eine zivile, demokratische Gesellschaft aufbauen. Wir wollen diesen Übergang ohne Konfrontation mit unseren Helden schaffen. Bisher sind 53 Gesetze im Parlament ratifiziert worden. Allerdings sind sie bisher noch nicht von Arafat unterschrieben worden, da er befürchtet, daß aufgrund geltender Kontrollmechanismen alles aus den Händen gleiten könnte. In gewisser Weise hat er recht, demokratische Verhältnisse lassen sich nicht durch die Verkündung eines Gesetzes erreichen, sondern sie muß sich entwickeln. Durch die Stagnation des Friedensprozesses wird dies gefährdet, weil sich zunehmend die radikaleren Kräfte zu Wort melden.

Besonders schwierig war das Gesetzgebungsverfahren für die Frauen. Anstatt sich an den Gesetzen von Tunesien und Libanon zu orientieren, wie wir es uns gewünscht hätten, hat man auf die alten Gesetze zurückgegriffen und eher nach Syrien und Ägypten geschaut. Die Gesetze wurden überwiegend von Juristen und Richter, die im jordanischen Justizwesen bewandert waren oder in den Ministerien gearbeitet hatten, entworfen. Was heraus kam, waren schreckliche Gesetze für die Frauen. Daraufhin hat die Frauenbewegung eine intensive Reihe von Workshops gemacht und den Entwurf diskutiert und kritisiert und eine eigene Vision entwickelt. Am 12. und 13. März wurde dann der eigene Entwurf in einem Pseudo-Parlament, das aus 88 Personen bestand, darunter auch zwanzig Männer, die wie wir der Auffassung sind, daß dies eine Sache der ganzen Gesellschaft nicht nur die der Frauen ist, vorgestellt. Wir sehen es so, daß die Frauenbefreiung auch die Männer aus althergebrachten Denkmustern und Traditionen befreit. Dieser Entwurf enthält drei Abschnitte, Frauen und Gesundheit, Familienrecht und Persönlichkeitsrecht. Dieser Entwurf wurde jetzt auch dem Parlament und dann auch Arafat vorgelegt. Er hat zu diesem Entwurf gesagt: „Gut daß ich den alten noch nicht unterschrieben habe, der Diskussionsprozeß wird doch wichtig.“ Wir haben von ihm aber gefordert, den neu erarbeiteten Entwurf zu unterschreiben. Natürlich kamen wir aufgrund dieses Entwurfes unter Beschuß der islamischen Fundamentalisten, und die Diskussionen dauern an, bis heute wird die Debatte im Radio und im Fernsehen

geführt und bislang haben wir noch große Probleme, man könnte fast sagen, daß es ein richtiger Krieg ist. Wir sind darüber aber nicht unglücklich, die Diskussion muß geführt werden und jetzt ist genau die richtige Zeit. Selbst in der gegenwärtigen Ohnmacht haben wir dennoch das Gefühl, daß durch diese Diskussionen Entwicklungen geschehen, Fortschritte zu erreichen sind. Gegenwärtig erleben wir einen Boom von Diskussionsforen zu Menschenrechten, Kulturveranstaltungen und Kursen. Das ist alles für unsere Gesellschaft neu, jahrelang hatten wir dazu ja keine Möglichkeiten. Sie waren zum einen verboten, zum anderen aber war es auch aus Sicht der Revolution nicht statthaft. Jetzt fordern wir das Recht auf ein normales, demokratisches Leben ein. Eine schwere Gefahr ist der gegenwärtige Fundamentalismus in Israel und auch bei uns. Die gegenwärtige Regierung kann es sich nicht leisten, sich von den fanatischen Gruppen zu lösen, dann würde sie sich selbst infrage stellen. Das wäre aber auch für uns sehr gefährlich, deshalb müssen wir überlegen, wie wir mit diesem Problem umgehen. Denn wir hängen aneinander und wir müssen verstehen, daß keine Seite auf Kosten der anderen etwas erreichen kann. Frieden bedeutet, aufeinander zuzugehen, zusammen zuarbeiten, gemeinsame Ziele zu formulieren und dabei das Wohl beider Seiten im Auge zu haben. Wenn man über das Thema Sicherheit spricht, darf man nicht nur von der Sicherheit der einen Seite reden, sondern muß die Probleme der anderen Seite im Blick haben. Ich würde mir wünschen, daß dies auch in Deutschland besser verstanden wird. Zum ersten mal erlebe ich jetzt in Deutschland ein größeres auch für unsere Probleme, das war viele jahrelang nicht so, so wurden z.B. zum christlich-jüdischen Dialog nie christliche Palästinenser eingeladen. Es ist so, als ob die Vergangenheit Deutschlands und die daraus entstandenen Schuldgefühle verhindern, die Probleme der Palästinenser zu sehen.